

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An den Oberbürgermeister
der Stadt Bochum

Herrn Thomas Eiskirch

Rathaus, Zi. 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295 / -1296
Fax: 0234 – 910 1297
eMail: linksfraktion@bochum.de
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 16. Januar 2017

Antrag zur Ratssitzung am 01.02.2017

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Der Rat der Stadt Bochum möge beschließen:

Der Rat der Stadt Bochum fordert die Verwaltung und insbesondere den Verwaltungsvorstand sowie die Bochumer Ausländerbehörde auf, alle vorhandenen rechtlichen Spielräume zu nutzen, um Abschiebungen aus Bochum in das Bürgerkriegsland Afghanistan zu verhindern.

Begründung:

Der neue Afghanistan-Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen“ ist. Auch die jüngsten Terroranschläge in Kabul (21. November, mindestens 27 Tote) oder im von der Regierung zuvor als sicher eingestuften Masar-i-Sharif (10. November, mindestens 4 Tote, 128 Verletzte, deutsches Konsulat in Trümmern) zeigen ganz klar: Afghanistan ist nicht sicher. Allein im ersten Halbjahr 2016 waren 1.600 tote und mehr als 3.500 verletzte Zivilist*innen zu beklagen. Trotz dieser lebensgefährdenden Verhältnisse wurde am 14. Dezember 2016 die erste Sammelabschiebung aus der Bundesrepublik nach Afghanistan vollzogen, weitere sind geplant.

In einem am 11.01.2017 veröffentlichten Appell an die lokalpolitisch Verantwortlichen fordern die mehr als 40 im „Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum“ zusammengeschlossenen Verbände und Gruppen:

„Wenn eine Regierung Menschenrechte verletzen will, indem sie Schutzsuchende in Kriegsgebiete zurückschickt, dann müssen Menschen auf anderen Ebenen Verantwortung übernehmen – ganz besonders auch vor Ort in den Kommunen:

- Wir fordern die Leitung und die Beschäftigten der Ausländerbehörde der Stadt Bochum auf: Machen Sie keine Abschiebungen aus Bochum nach Afghanistan möglich! Es sind die Beschäftigten der lokalen Ausländerbehörde, die den Prozess der Abschiebungen in Gang setzen. Sie entscheiden faktisch, welche Namen auf den Abschiebelisten stehen. Daher können Sie auch konkret dafür sorgen, dass kein Mensch aus unserer Stadt ins Kriegsgebiet abgeschoben wird. Sie stehen jetzt vor der Entscheidung, entweder Grundsätze der Menschenrechte zu beachten – oder sich durch die

Vorbereitung, Mitarbeit und Ermöglichung der Abschiebungen auch ganz persönlich schuldig zu machen.

- Wir fordern den Rat der Stadt Bochum auf: Sprechen Sie sich in einem Beschluss gegen Abschiebungen aus Bochum nach Afghanistan aus! Geben Sie den Beschäftigten der Ausländerbehörde, die sich nicht durch die Mitarbeit an den Abschiebungen schuldig machen wollen, damit politisch Rückendeckung. Machen Sie deutlich, dass Sie als politisch Verantwortliche von der Bochumer Verwaltung erwarten, dass sie Grundsätze der Menschenwürde einhält und sich nicht an Abschiebungen in Kriegsgebiete beteiligt.
- Wir fordern Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und Stadtdirektor Michael Townsend auf: Übernehmen auch Sie Verantwortung! Machen Sie als Chef der Bochumer Verwaltung und als kommunaler Flüchtlingskoordinator deutlich, dass Sie sich gegen diese menschenfeindlichen Abschiebungen stellen und machen Sie klar: Afghanistan ist nicht sicher!
- Wir fordern die Bochumer Mitglieder der Parteien auf: Machen Sie deutlich, dass Sie von Ihren Fraktionen im Rat sowie von den lokalen Verantwortlichen in Ausländerbehörde und Verwaltungsvorstand erwarten, Abschiebungen aus Bochum nach Afghanistan zu verhindern. Erklären Sie unmissverständlich, dass Sie ein Wegducken derjenigen, die hier vor Ort Entscheidungen treffen, nicht akzeptieren. Setzen Sie sich darüber hinaus auf allen Ebenen, auch auf Landes- und Bundesebene, für einen Stopp der Abschiebungen ein. Machen Sie Druck, damit die erzwungenen Vereinbarungen mit der afghanischen Regierung zur Aufnahme von Geflüchteten rückgängig gemacht werden.“

Dieses zivilgesellschaftliche Engagement der im Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum zusammengeschlossenen Verbände, Gruppen und Organisationen¹ ist begrüßens- und unterstützenswert. Der Bochumer Rat sollte wie gefordert ebenfalls ein Zeichen für die Achtung der Menschenrechte in Bochum setzen und mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag deutlich machen, dass er Abschiebungen aus Bochum in das unsichere Bürgerkriegsland Afghanistan ablehnt.

Sevim Sarialtun / Ralf-D. Lange
Fraktionsvorsitzende

Anlage

¹ In der Flüchtlingsarbeit aktive Bochumer Vereine, Verbände und Netzwerke der Ehrenamtlichen haben sich Anfang 2014 zum Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum zusammengeschlossen. Mittlerweile arbeiten über 40 Gruppen als „Netzwerk der Netzwerke“ regelmäßig zusammen, darunter: AG Bochumer Moscheen, amnesty Bochum, angekommen e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, DIDF Bochum, Ev. Arbeitskreis Asyl im Kirchenkreis Bochum e.V., Flüchtlingsrat NRW e.V., IFAK e.V., Islamischer Kulturverein e.V., Kinder- und Jugendring Bochum, Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V., Netzwerk Altenbochum, Netzwerk Eppendorf, Netzwerk "HammeHilft!", Netzwerk Langendreer, Netzwerk Steinkuhl, Netzwerk Querenburg, Netzwerk Willkommen in Laer, Netzwerk Wohlfahrtstraße, PlanB Ruhr e.V., pro Familia Bochum, refugeestrike Bochum, Ronahi e.V., St. Vinzenz e.V., Treffpunkt Asyl, WorldBeatClub Tanzen und Helfen e.V. Der Initiativkreis steht im Austausch mit Kommunalpolitik und Stadtverwaltung (Kommunales Integrationszentrum, VHS, Schauspielhaus, Musikschule, Sozialdezernat/ Ehrenamtskoordination).